

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/202828]

17 MEI 2021. — Decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 19 maart 2021 tussen het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de coördinatie inzake het toezicht en de naleving van de gewestelijke wetgevingen betreffende het werk

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:
Enig artikel - Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 19 maart 2021 tussen het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de coördinatie inzake het toezicht en de naleving van de gewestelijke wetgevingen betreffende het werk.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 17 mei 2021

O. PAASCH

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën,

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President, Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
 Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs, en Wetenschappelijk Onderzoek,

—————
 Nota

Zitting 2020-2021

Parlementaire stukken: 137 (2020-2021) Nr. 1 Ontwerp van decreet

137 (2020-2021) Nr. 2 Verslag

137 (2020-2021) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 17 mei 2021 - Nr. 25 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2021/203255]

28. JUNI 2021 — Dekret über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Europaklausel

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Im Sinne des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Behörde:

- a) die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- b) die Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen,
- c) die Gemeinden, öffentlichen Sozialhilfezentren und sonstigen Gebietskörperschaften des deutschen Sprachgebiets,
- d) jede Einrichtung, ungeachtet ihrer Art und Rechtsform, die:
 - zu dem besonderen Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben zu erfüllen, die nicht gewerblicher Art sind, und
 - Rechtspersönlichkeit besitzt und
 - deren Tätigkeit überwiegend von den unter a) und b) erwähnten Behörden oder Einrichtungen finanziert wird oder hinsichtlich ihrer Leitung der Aufsicht durch letztere unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesen Behörden oder Einrichtungen ernannt worden sind,

e) die von einer oder mehreren der unter a), b), c) oder d) erwähnten Behörden gebildeten Vereinigungen;

2. öffentliches Unternehmen: ein in den in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 2 genannten Bereichen tätiges Unternehmen, auf das Behörden aufgrund der Eigentumsverhältnisse, der finanziellen Beteiligung oder der für das Unternehmen geltenden Bestimmungen unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben können. Von einem beherrschenden Einfluss der Behörden ist in jedem der folgenden Fälle auszugehen, in denen diese Behörden unmittelbar oder mittelbar:

a) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals des Unternehmens halten;

b) über die Mehrheit der mit den Anteilen am Unternehmen verbundenen Stimmrechte verfügen;

c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens ernennen können;

3. Richtlinie 2019/1024: die Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors;

4. Hochschule: eine Behörde, die postsekundäre Bildungsgänge anbietet, die zu einem akademischen Grad führen;

5. Standardlizenz: eine Reihe vorgegebener Bedingungen für die Weiterverwendung, die in digitalem Format vorliegen und vorzugsweise mit standardisierten online verfügbaren öffentlichen Lizenzen kompatibel sind;

6. Dokument: jede Information in gleich welcher Form, über die eine Behörde verfügt, oder ein beliebiger Teil einer solchen Information;

7. Anonymisierung: den Prozess, in dessen Verlauf Dokumente in anonyme Dokumente umgewandelt werden, die sich nicht auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen, oder personenbezogene Daten so anonym gemacht werden, dass die betroffene Person nicht oder nicht mehr identifiziert werden kann;

8. dynamische Daten: Dokumente in digitaler Form, die häufig oder in Echtzeit aktualisiert werden, insbesondere aufgrund ihrer Volatilität oder ihres raschen Veraltens; von Sensoren generierte Daten werden in der Regel als dynamische Daten angesehen;

9. Forschungsdaten: Dokumente in digitaler Form, bei denen es sich nicht um wissenschaftliche Veröffentlichungen handelt und die im Laufe von wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten erfasst oder erzeugt und als Nachweise im Rahmen des Forschungsprozesses verwendet werden oder die in der Forschungsgemeinschaft allgemein für die Validierung von Forschungsfeststellungen und -ergebnissen als notwendig erachtet werden;

10. hochwertige Datensätze: Dokumente, deren Weiterverwendung mit wichtigen Vorteilen für die Gesellschaft, die Umwelt und die Wirtschaft verbunden ist, insbesondere aufgrund ihrer Eignung für die Schaffung von Mehrwertdiensten, Anwendungen und neuer, hochwertiger und menschenwürdiger Arbeitsplätze sowie aufgrund der Zahl der potenziellen Nutznießer der Mehrwertdienste und

-anwendungen auf der Grundlage dieser Datensätze;

11. Weiterverwendung: die Nutzung durch natürliche oder juristische Personen von Dokumenten, die im Besitz von:

a) Behörden sind, für gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke, die sich von dem ursprünglichen Zweck im Rahmen des öffentlichen Auftrags, für den die Dokumente erstellt wurden, unterscheiden, abgesehen vom Austausch von Dokumenten zwischen Behörden ausschließlich im Rahmen der Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags, oder

b) öffentlichen Unternehmen sind, für gewerbliche oder nicht-gewerbliche Zwecke, die sich von dem ursprünglichen Zweck der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, für den die Dokumente erstellt wurden, unterscheiden, abgesehen vom Austausch von Dokumenten zwischen öffentlichen Unternehmen und Behörden ausschließlich im Rahmen der Erfüllung des öffentlichen Auftrags von Behörden;

12. personenbezogene Daten: personenbezogene Daten im Sinne des Artikels 4 Nummer 1 der Datenschutz-Grundverordnung;

13. maschinenlesbares Format: ein Dateiformat, das so strukturiert ist, dass Softwareanwendungen konkrete Daten, einschließlich einzelner Sachverhaltsdarstellungen und deren interner Struktur, leicht identifizieren, erkennen und extrahieren können;

14. offenes Format: ein Dateiformat, das plattformunabhängig ist und der Öffentlichkeit ohne Einschränkungen, die der Weiterverwendung von Dokumenten hinderlich wären, zugänglich gemacht wird;

15. formeller, offener Standard: einen schriftlich niedergelegten Standard, in dem die Anforderungen für die Sicherstellung der Interoperabilität der Software niedergelegt sind;

16. angemessene Gewinnspanne: einen Prozentsatz der Gesamtkosten, der über den zur Deckung der einschlägigen Kosten erforderlichen Betrag hinausgeht, aber höchstens fünf Prozentpunkte über dem von der Europäischen Zentralbank festgesetzten Zinssatz liegt;

17. Dritter: jede natürliche oder juristische Person außer der Behörde oder dem öffentlichen Unternehmen, die/das im Besitz der Daten ist;

18. Datenschutz-Grundverordnung: die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Art. 3 - Gegenstand und Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf:

1. vorhandene Dokumente im Besitz einer Behörde;

2. vorhandene Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen, die:

a) in den in Titel 3 Kapitel I Abschnitt 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge festgelegten Bereichen tätig sind;

b) als Betreiber eines öffentlichen Dienstes gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates tätig sind;

c) als Luftfahrtunternehmen gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (Neufassung) erfüllen;

d) als Gemeinschaftsreeder Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3577/92 des Rates vom 7. Dezember 1992 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf den Seeverkehr in den Mitgliedstaaten (Seekabotage) erfüllen;

3. Forschungsdaten gemäß den in Artikel 11 festgelegten Bedingungen.

Vorliegendes Dekret findet keine Anwendung auf:

1. Dokumente, deren Bereitstellung nicht unter den in gesetzlichen oder sonstigen verbindlichen Rechtsvorschriften festgelegten öffentlichen Auftrag der betreffenden Behörden fällt, vorausgesetzt, dass der Umfang der öffentlichen Aufträge transparent ist und regelmäßig überprüft wird;

2. Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen,

a) die nicht im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Sinne der gesetzlichen oder sonstigen verbindlichen Vorschriften erstellt wurden;

b) die mit unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzten Tätigkeiten zusammenhängen und daher gemäß Artikel 116 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge nicht den Vorschriften für die Auftragsvergabe unterliegen;

3. Dokumente, die geistiges Eigentum Dritter betreffen;

4. Dokumente, wie z. B. sensible Daten, die gemäß den geltenden Zugangsregelungen nicht zugänglich sind, einschließlich aus Gründen:

a) des Schutzes der nationalen Sicherheit, der Verteidigung oder der öffentlichen Sicherheit,

b) der statistischen Geheimhaltung,

c) des Geschäftsgeheimnisses, einschließlich Betriebsgeheimnissen, Berufsgeheimnissen, Unternehmensgeheimnissen;

5. Dokumente, die aufgrund ihrer Eigenschaft als vertrauliche Informationen über den Schutz kritischer Infrastrukturen im Sinne des Gesetzes vom 1. Juli 2011 über die Sicherheit und den Schutz der kritischen Infrastrukturen nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind;

6. Dokumente, zu denen der Zugang durch die geltenden Zugangsregelungen eingeschränkt ist, einschließlich der Fälle, in denen Bürger oder juristische Personen ein besonderes Interesse nachzuweisen haben, um Zugang zu den Dokumenten zu erhalten;

7. Logos, Wappen und Insignien;

8. Dokumente, die nach den geltenden Zugangsregelungen aus Gründen des Schutzes personenbezogener Daten nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind, und Teile von Dokumenten, die gemäß diesen Regelungen zugänglich sind, wenn sie personenbezogene Daten enthalten, deren Weiterverwendung gesetzlich nicht mit dem Recht über den Schutz natürlicher Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten vereinbar ist oder gesetzlich als Beeinträchtigung des Schutzes der Privatsphäre und der Integrität der betroffenen Personen definiert ist, insbesondere im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union oder dem belgischen Recht im Hinblick auf den Schutz personenbezogener Daten;

9. Dokumente, die im Besitz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und ihrer Zweigstellen oder anderer Stellen und deren Zweigstellen sind und der Wahrnehmung eines öffentlichen Sendeauftrags dienen;

10. Dokumente im Besitz anderer kultureller Einrichtungen als Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive;

11. Dokumente im Besitz von Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe und darunter und, bei allen sonstigen Bildungseinrichtungen, andere als die in Absatz 1 Nummer 3 genannten Dokumente;

12. andere als die in Absatz 1 Nummer 3 genannten Dokumente im Besitz von Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungseinrichtungen, einschließlich Einrichtungen, die zum Zweck des Transfers von Forschungsergebnissen gegründet wurden.

KAPITEL 2 — BEDINGUNGEN FÜR DIE WEITERVERWENDUNG

Abschnitt 1 — Allgemeine Bedingungen

Art. 4 - Personenbezogene Daten

Die Weiterverwendung von Dokumenten, auf die dieses Dekret anwendbar ist, erfolgt unbeschadet der Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung.

Art. 5 - Datenbanken

Das Recht der Hersteller von Datenbanken gemäß Artikel XI.307 des Wirtschaftsgesetzbuches darf nicht in Anspruch genommen werden, um dadurch die Weiterverwendung von Dokumenten zu verhindern oder diese Weiterverwendung über die in diesem Dekret festgelegten Beschränkungen hinaus einzuschränken.

Art. 6 - Weiterverwendungszweck

Die Dokumente, auf die dieses Dekret anwendbar ist, können für gewerbliche und nicht-gewerbliche Zwecke weiterverwendet werden.

Dies gilt ebenfalls für Dokumente, an denen Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive Rechte des geistigen Eigentums innehaben, und für Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen, falls deren Weiterverwendung erlaubt wird.

Art. 7 - Verfügbare Formate

Unbeschadet des Artikels 12 stellen die Behörden und öffentliche Unternehmen ihre Dokumente in allen vorhandenen Formaten oder Sprachen und, soweit möglich und sinnvoll, auf elektronischem Weg in offenen, maschinenlesbaren, zugänglichen, auffindbaren und weiterverwendbaren Formaten zusammen mit den zugehörigen Metadaten zur Verfügung. Sowohl die Formate als auch die Metadaten sollten soweit möglich formellen, offenen Standards entsprechen.

Behörden und öffentliche Unternehmen erstellen und stellen die in den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekrets fallenden Dokumente nach dem Grundsatz "konzeptionell und standardmäßig offen" zur Verfügung.

Absatz 1 verpflichtet die Behörden nicht, Dokumente neu zu erstellen oder anzupassen, um dem Antrag nachzukommen, und beinhaltet auch keine Verpflichtung, Auszüge aus Dokumenten zur Verfügung zu stellen, wenn dies mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist, der über eine einfache Bearbeitung hinausgeht.

Die Behörden können auf der Grundlage dieses Dekrets nicht verpflichtet werden, die

Erstellung und Speicherung bestimmter Arten von Dokumenten im Hinblick auf deren

Weiterverwendung durch eine Organisation des privaten oder öffentlichen Sektors fortzusetzen.

Behörden machen dynamische Daten unmittelbar nach der Erfassung mithilfe geeigneter Programmierschnittstellen und gegebenenfalls als Massen-Download zur Weiterverwendung zugänglich.

Würde die Bereitstellung von dynamischen Daten zur Weiterverwendung unmittelbar nach der Erfassung gemäß Absatz 5 die finanzielle und technische Leistungsfähigkeit der Behörde übersteigen und somit zu einem unverhältnismäßigen Aufwand führen, werden jene dynamischen Daten innerhalb einer Frist oder mit vorübergehenden technischen Beschränkungen zur Weiterverwendung zugänglich gemacht, die die Nutzung ihres wirtschaftlichen und sozialen Potenzials nicht übermäßig beeinträchtigen.

Die Absätze 1 bis 6 gelten für vorhandene Dokumente im Besitz öffentlicher Unternehmen, die zur Weiterverwendung verfügbar sind.

Die hochwertigen Datensätze, die von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 in einer Liste aufgeführt werden, werden in maschinenlesbarem Format über geeignete Programmierschnittstellen und gegebenenfalls als Massen-Download zur Weiterverwendung zugänglich gemacht.

Art. 8 - Gebühren und Entgelte

§ 1 - Die Weiterverwendung von Dokumenten ist kostenfrei.

Allerdings kann die Erstattung der durch die Reproduktion, Bereitstellung und Verbreitung von Dokumenten sowie durch die Anonymisierung personenbezogener Daten und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen verursachten Grenzkosten gestattet werden.

§ 2 - Die Bestimmungen des § 1 findet keine Anwendung auf:

1. Behörden, deren Auftrag das Erzielen von Einnahmen erfordert, um einen wesentlichen Teil ihrer Kosten im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufträge zu decken;
2. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive;
3. öffentliche Unternehmen.

§ 3 - Die Regierung veröffentlicht auf der Internetseite des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Liste der in § 2 Nummer 1 genannten Behörden.

§ 4 - In den in § 2 Nummern 1 und 3 genannten Fällen berechnen die betreffenden Behörden die Gesamtgebühren nach objektiven, transparenten und nachprüfbar Kriterien, die durch die Regierung festgelegt werden.

Die Gesamteinnahmen aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum dürfen die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung und Datenspeicherung, zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne, sowie gegebenenfalls der Anonymisierung personenbezogener Daten und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen nicht übersteigen.

Die Gebühren und Entgelte werden nach Maßgabe der für die betreffenden Behörden geltenden Buchführungsgrundsätze berechnet.

§ 5 - Soweit die in § 2 Nummer 2 genannten Behörden Gebühren erheben, dürfen die Gesamteinnahmen aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung, Datenspeicherung, Bewahrung und der Rechtklärung sowie gegebenenfalls der Anonymisierung personenbezogener Daten und Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen, zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne, nicht übersteigen.

Die Gebühren und Entgelte werden nach Maßgabe der für die betreffenden Behörden geltenden Buchführungsgrundsätze berechnet.

§ 6 - Die Weiterverwendung folgender Daten ist für den Nutzer kostenfrei:

1. hochwertige Datensätze, die von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 in einer Liste aufgeführt werden, vorbehaltlich weiterer von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 festgelegter Bestimmungen;
2. Forschungsdaten gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3.

Art. 9 - Transparenz

Im Fall von Standardgebühren oder Standardentgelten für die Weiterverwendung von Dokumenten werden die entsprechenden Bedingungen und die tatsächliche Höhe dieser Gebühren oder Entgelte, einschließlich der Berechnungsgrundlage dieser Gebühren, im Voraus festgelegt und, soweit möglich und sinnvoll, in elektronischer Form veröffentlicht.

Im Fall von Gebühren oder Entgelten für die Weiterverwendung, die in Absatz 1 nicht genannt sind, geben die Behörden und die öffentlichen Unternehmen im Voraus an, welche Faktoren bei der Berechnung dieser Gebühren oder Entgelte berücksichtigt werden. Auf Anfrage gibt der Inhaber der Dokumente auch die Berechnungsweise dieser Gebühren oder Entgelte in Bezug auf den spezifischen Antrag auf Weiterverwendung an.

Art. 10 - Weitere Bedingungen

§ 1 - Unbeschadet des § 2 unterliegt die Weiterverwendung von Dokumenten keinen Bedingungen, es sei denn, diese Bedingungen sind objektiv, verhältnismäßig, nichtdiskriminierend und durch ein im Allgemeininteresse liegendes Ziel gerechtfertigt.

Wenn die Weiterverwendung an Bedingungen gebunden ist, schränken diese Bedingungen die Möglichkeiten der Weiterverwendung nicht unnötig ein und behindern nicht den Wettbewerb.

§ 2 - Die Dokumente, die aus der Weiterverwendung resultieren, geben die Quelle und das Datum der letzten Aktualisierung an. Sie respektieren die Integrität und die Art der zur Verfügung gestellten Dokumente.

Abschnitt 2 — Besondere Bedingungen

Art. 11 - Forschungsdaten

Öffentlich finanzierte Forschungsdaten werden nach dem Grundsatz der "standardmäßig offenen Daten" und im Einklang mit dem Grundsatz, dass Forschungsdaten auffindbar, zugänglich, interoperabel und weiterverwendbar sein müssen, offen zugänglich gemacht. Hierbei werden Anliegen in Bezug auf Rechte des geistigen Eigentums, den Schutz personenbezogener Daten sowie Vertraulichkeit, Sicherheit und legitime Geschäftsinteressen nach dem Grundsatz "so offen wie möglich, so geschlossen wie nötig" berücksichtigt.

Unbeschadet Artikel 3 Absatz 2 Nummer 3 können die Forschungsdaten gemäß dem vorliegenden Kapitel für gewerbliche und nicht-gewerbliche Zwecke weiterverwendet werden, soweit sie öffentlich finanziert wurden und wenn sie von Forschern, Forschungseinrichtungen oder Forschungsförderungseinrichtungen bereits über ein institutionelles oder thematisches Archiv öffentlich zugänglich gemacht wurden. In diesem Zusammenhang sind berechnete Geschäftsinteressen, Wissenstransferfähigkeiten und bestehende Rechte Dritter an geistigem Eigentum zu berücksichtigen.

Art. 12 - Hochwertige Datensätze

Hochwertige Datensätze, die von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 in einer Liste aufgeführt werden, müssen:

1. vorbehaltlich der Absätze 2, 3 und 4 kostenlos verfügbar sein;
2. maschinenlesbar sein;
3. über Programmierschnittstellen verfügbar sein;
4. gegebenenfalls als Massen-Download verfügbar sein.

Gemäß den von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 festgelegten Bestimmungen gilt in Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 die kostenlose Verfügbarkeit hochwertiger Datensätze nicht für bestimmte hochwertige Datensätze im Besitz öffentlicher Unternehmen, wenn dies zu einer Verfälschung des Wettbewerbs auf den betreffenden Märkten führen würde.

Die Anforderung, hochwertige Datensätze gemäß Absatz 1 Nummer 1 kostenlos verfügbar zu machen, gilt nicht für Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive.

In Fällen, in denen sich die kostenlose Bereitstellung hochwertiger Datensätze durch Behörden, die Einnahmen erzielen müssen, um einen wesentlichen Teil ihrer Kosten bei der Wahrnehmung ihres öffentlichen Auftrags zu decken, wesentlich auf den Haushalt der betreffenden Behörden auswirken würde, sind diese Behörden für einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden von der Europäischen Kommission in Ausführung der Richtlinie 2019/1024 festgelegten Bestimmungen von der Anforderung der kostenlosen Bereitstellung dieser hochwertigen Datensätze befreit.

KAPITEL 3 — ANTRÄGE AUF WEITERVERWENDUNG

Abschnitt 1 — Allgemeine Vorgaben

Art. 13 - Nicht-Diskriminierung

Die Bedingungen für die Weiterverwendung von Dokumenten sind für vergleichbare Kategorien der Weiterverwendung, einschließlich der grenzüberschreitenden Weiterverwendung, nicht-diskriminierend.

Werden Dokumente von Behörden als Ausgangsmaterial für eigene Geschäftstätigkeiten weiterverwendet, die nicht unter ihren öffentlichen Auftrag fallen, gelten für die Bereitstellung der Dokumente für diese Tätigkeiten dieselben Gebühren und Entgelte und sonstigen Bedingungen wie für andere Nutzer.

Art. 14 - Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen

§ 1 - Die Weiterverwendung von Dokumenten steht allen potenziellen Marktteilnehmern offen, selbst wenn auf diesen Dokumenten beruhende Mehrwertprodukte bereits von einem oder mehreren Marktteilnehmern genutzt werden. Verträge oder sonstige Vereinbarungen zwischen Behörden oder öffentlichen Unternehmen, die im Besitz der Dokumente sind, und Dritten dürfen keine ausschließlichen Rechte gewähren.

§ 2 - Ist allerdings für die Bereitstellung eines Dienstes im öffentlichen Interesse ein ausschließliches Recht erforderlich, so ist der Grund für dessen Erteilung regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, zu überprüfen. Die am oder nach dem 17. Juli 2021 getroffenen Ausschließlichkeitsvereinbarungen werden spätestens zwei Monate vor ihrem Inkrafttreten online öffentlich zugänglich gemacht.

Vorliegender Paragraph gilt nicht für die Digitalisierung von Kulturbeständen.

§ 3 - Bezieht sich ein ausschließliches Recht auf die Digitalisierung von Kulturbeständen, darf es ungeachtet § 1 im Allgemeinen für höchstens zehn Jahre gewährt werden. Wird es für mehr als zehn Jahre gewährt, wird die Gewährungsdauer im elften Jahr und danach gegebenenfalls alle sieben Jahre überprüft.

Die in Absatz 1 genannten Vereinbarungen zur Gewährung ausschließlicher Rechte müssen transparent sein und öffentlich bekannt gemacht werden.

Im Fall eines in Absatz 1 genannten ausschließlichen Rechts ist der betreffenden Behörde im Rahmen der Vereinbarung eine Kopie der digitalisierten Kulturbestände gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Diese Kopie wird am Ende des Ausschließlichkeitszeitraums zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt.

§ 4 - Rechtliche oder praktische Vorkehrungen, die nicht ausdrücklich ausschließliche Rechte gewähren, die aber darauf abzielen oder bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie die Weiterverwendung von Dokumenten durch andere Einrichtungen als die an der Vereinbarung beteiligten Dritten beschränken, werden spätestens zwei Monate vor ihrem Inkrafttreten online öffentlich zugänglich gemacht. Die Auswirkungen solcher rechtlichen oder praktischen Vorkehrungen auf die Verfügbarkeit von Daten zur Weiterverwendung sind Gegenstand regelmäßiger Überprüfungen und werden mindestens alle drei Jahre überprüft. Die endgültigen Bedingungen solcher Vereinbarungen müssen transparent sein und online öffentlich zugänglich gemacht werden.

§ 5 - Am 17. Juli 2013 bestehende Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter die in den §§ 2 und 3 genannten Ausnahmen fallen und die von Behörden getroffen wurden, werden bei Vertragsablauf, spätestens jedoch am 18. Juli 2043, beendet.

Am 16. Juli 2019 bestehende Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter die in den §§ 2 und 3 genannten Ausnahmen fallen und die von öffentlichen Unternehmen getroffen wurden, werden bei Vertragsablauf, spätestens jedoch am 17. Juli 2049, beendet.

Abschnitt 2 — Verfahren

Art. 15 - Antrag auf Weiterverwendung

§ 1 - Der Antrag auf Weiterverwendung erfolgt schriftlich und enthält mindestens die genaue Identifizierung des beantragten Dokuments, eine Beschreibung der geplanten Weiterverwendung, die Form, in der die Dokumente vorzugsweise zur Verfügung gestellt werden sollten, sowie das verfolgte Ziel der Weiterverwendung.

Die Behörde, die einem Antrag auf Weiterverwendung nicht unmittelbar stattgeben kann oder die diesen Antrag ablehnt, teilt dem Antragsteller innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen nach Empfang des Antrags die Gründe des Aufschubs oder der Ablehnung mit. Bei Aufschub kann die Frist um 15 Kalendertage verlängert werden.

Ist diese Mitteilung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgt, gilt der Antrag als verweigert.

Stützt sich ein ablehnender Bescheid auf Artikel 3 Absatz 2 Nummer 3, verweist die Behörde auf die natürliche oder juristische Person, die Inhaber der Rechte ist, insofern diese bekannt ist, oder ersatzweise auf den Lizenzgeber, von dem die Behörde das betreffende Material erhalten hat. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive sind nicht zur Verweisangabe verpflichtet.

Die Behörde kann einseitig und jederzeit die Zurverfügungstellung von Dokumenten beenden, ohne dass irgendein Anrecht auf Entschädigung entsteht, wenn der Antragsteller eine oder mehrere der in Kapitel 2 erwähnten Bedingungen nicht einhält.

§ 2 - Die Entscheidung über die Weiterverwendung enthält einen Hinweis auf die Rechtsbehelfe, die dem Antragsteller zur Verfügung stehen, um gegen die Entscheidung vorzugehen.

§ 3 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind nicht anwendbar auf:

1. öffentlichen Unternehmen;
2. Bildungseinrichtungen, Forschungseinrichtungen und Forschungsförderungs-einrichtungen.

Art. 16 - Standardlizenzen

Wenn der Erhalt eines Dokuments die Verwendung einer Lizenz erfordert, übermittelt die Behörde, bei der der Antrag gestellt wurde, dem Antragsteller binnen der in Artikel 15 § 1 Absatz 2 vorgesehenen Frist eine Standardlizenz, die an besondere Lizenzanträge angepasst werden kann.

Die Behörde kann eine Lizenz einseitig und jederzeit beenden, ohne dass ein Anrecht auf Entschädigung entsteht, wenn der Antragsteller eine oder mehrere der Lizenzbedingungen nicht erfüllt.

KAPITEL 4 — *VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN***Art. 17 - Veröffentlichungen**

§ 1 - Die zur Weiterverwendung verfügbaren Dokumente, die eventuellen Bedingungen und Gebühren werden inventarisiert und insbesondere auf der Internetseite des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

§ 2 - Die Behörden stellen Bestandslisten der wichtigsten Dokumente mit zugehörigen

Metadaten, die, soweit möglich und sinnvoll, online verfügbar sind und in einem maschinenlesbaren Format vorliegen, sowie Internetportale, die mit den Bestandslisten verknüpft sind, bereit. Soweit möglich, sorgen die Behörden dafür, dass eine sprachübergreifende Suche nach Dokumenten vorgenommen werden kann.

Die Behörden vereinfachen den Zugang zu Datensätzen auf elektronischem Weg über zugängliche, einfach auffindbare und weiterverwendbare Formate.

KAPITEL 5 — *SCHLUSSBESTIMMUNGEN***Art. 18 - Aufhebungsbestimmung**

Das Dekret vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 23. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 19 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 17. Juli 2021 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 28. Juni 2021

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung,
Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2020-2021

Nummerierte Dokumente : 150 (2020-2021) Nr. 1 Dekretentwurf

150 (2020-2021) Nr. 2 Bericht

150 (2020-2021) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 28. Juni 2021 - Nr. 26 Diskussion und Abstimmung

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2021/203255]

28 JUIN 2021. — Décret concernant les données ouvertes et la réutilisation des informations du secteur public

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Chapitre I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er} - Clause européenne

Le présent décret transpose partiellement la directive (UE) 2019/1024 du Parlement européen et du Conseil du 20 juin 2019 concernant les données ouvertes et la réutilisation des informations du secteur public.

Art. 2 - Définitions

Au sens du présent décret, il faut entendre par :

1^o « autorité » :

a) la Communauté germanophone;

b) les organismes de droit public qui dépendent de la Communauté germanophone;

c) les communes, centres publics d'action sociale et autres entités territoriales de la région de langue allemande;

- d) tout organisme qui, indépendamment de sa nature et de sa forme juridique,
- a été créé pour satisfaire spécifiquement des besoins d'intérêt général ayant un caractère autre que commercial, et
 - est doté de la personnalité juridique, et
 - dont l'activité est financée essentiellement par les autorités ou organismes mentionnés aux a) et b) ou qui est soumis, en ce qui concerne sa direction, à leur tutelle ou dont l'organe d'administration, de direction ou de tutelle est majoritairement composé de membres désignés par ces autorités ou organismes;
- e) les associations créées par un ou plusieurs des organismes du secteur public mentionnés aux a), b), c) ou d);
- 2° « entreprise publique » : toute entreprise active dans les domaines visés à l'article 3, alinéa 1^{er}, 2°, et sur laquelle les autorités peuvent exercer directement ou indirectement une influence dominante du fait de la propriété de l'entreprise, de la participation financière qu'ils y détiennent ou des règles qui la régissent. Une influence dominante des autorités sur l'entreprise est présumée dans tous les cas suivants lorsque ces autorités, directement ou indirectement :
- a) détiennent la majorité du capital souscrit de l'entreprise;
 - b) disposent de la majorité des voix attachées aux parts émises par l'entreprise;
 - c) peuvent désigner plus de la moitié des membres de l'organe d'administration, de direction ou de surveillance de l'entreprise;
- 3° « directive (UE) 2019/1024 » : la directive (UE) 2019/1024 du Parlement européen et du Conseil du 20 juin 2019 concernant les données ouvertes et la réutilisation des informations du secteur public;
- 4° « haute école » : une autorité dispensant un enseignement supérieur post-secondaire sanctionné par un grade académique;
- 5° « licence type » : une série de conditions de réutilisation prédéfinies dans un format numérique, de préférence compatible avec des licences publiques normalisées disponibles en ligne;
- 6° « document » : toute information, sous quelque forme que ce soit, dont dispose une autorité ou toute partie d'une telle information;
- 7° « anonymisation » : le processus de transformation des documents en documents anonymes ne permettant pas de remonter à une personne physique identifiée ou identifiable, ou le processus consistant à rendre anonymes des données à caractère personnel de telle sorte que la personne concernée ne soit pas ou plus identifiable;
- 8° « données dynamiques » : des documents se présentant sous forme numérique et faisant l'objet d'actualisations fréquentes ou en temps réel, notamment à cause de leur volatilité ou de leur obsolescence rapide; les données émanant de capteurs sont typiquement considérées comme étant des données dynamiques;
- 9° « données de la recherche » : des documents se présentant sous forme numérique, autres que des publications scientifiques, qui sont recueillis ou produits au cours d'activités de recherche scientifique et utilisés comme éléments probants dans le processus de recherche, ou dont la communauté scientifique admet communément qu'ils sont nécessaires pour valider des conclusions et résultats de la recherche;
- 10° « ensembles de données de forte valeur » : des documents dont la réutilisation est associée à d'importantes retombées positives au niveau de la société, de l'environnement et de l'économie, en particulier parce qu'ils se prêtent à la création de services possédant une valeur ajoutée, d'applications et de nouveaux emplois décents et de grande qualité, ainsi qu'en raison du nombre de bénéficiaires potentiels des services et applications à valeur ajoutée fondés sur ces ensembles de données;
- 11° « réutilisation » : l'utilisation par des personnes physiques ou morales de documents détenus par :
- a) des autorités, à des fins commerciales ou non commerciales autres que l'objectif initial de la mission de service public pour lequel les documents ont été produits, à l'exception de l'échange de documents entre des autorités aux seules fins de l'exercice de leur mission de service public; ou
 - b) des entreprises publiques, à des fins commerciales ou non commerciales autres que l'objectif initial de fournir les services d'intérêt général pour lequel les documents ont été produits, à l'exception de l'échange de documents entre des entreprises publiques et des autorités aux seules fins de l'exercice de leur mission de service public;
- 12° « données à caractère personnel » : les données à caractère personnel telles qu'elles sont définies à l'article 4, 1), du règlement général sur la protection des données;
- 13° « format lisible par machine » : un format de fichier structuré de telle manière que des applications logicielles puissent facilement identifier, reconnaître et extraire des données spécifiques, notamment chaque énoncé d'un fait et sa structure interne;
- 14° « format ouvert » : un format de fichier indépendant des plates-formes utilisées et mis à la disposition du public sans restriction empêchant la réutilisation des documents;
- 15° « norme formelle ouverte » : une norme établie par écrit, précisant en détail les exigences relatives à la manière d'assurer l'interopérabilité des logiciels;
- 16° « retour sur investissement raisonnable » : un pourcentage de la redevance globale, en sus du montant nécessaire au recouvrement des coûts éligibles, ne dépassant pas de plus de cinq points de pourcentage le taux d'intérêt fixe de la Banque centrale européenne;
- 17 « tiers » : toute personne physique ou morale autre qu'une autorité ou une entreprise publique qui détient les données;
- 18° « règlement général sur la protection des données » : règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

Art. 3 - Objet et champ d'application

Le présent décret s'applique :

- 1° aux documents existants détenus par une autorité;
- 2° aux documents existants détenus par des entreprises publiques :
 - a) actives dans les secteurs fixés dans le titre 3, chapitre II, section 2, de la loi du 17 juin 2016 relative aux marchés publics;
 - b) agissant en qualité d'opérateur de services publics conformément à l'article 2 du règlement (CE) n° 1370/2007 du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2007 relatif aux services publics de transport de voyageurs par chemin de fer et par route, et abrogeant les règlements (CEE) n° 1191/69 et (CEE) n° 1107/70 du Conseil;

c) agissant en qualité de transporteurs aériens remplissant des obligations de service public conformément à l'article 16 du règlement (CE) n° 1008/2008 du Parlement européen et du Conseil du 24 septembre 2008 établissant des règles communes pour l'exploitation de services aériens dans la Communauté (refonte);

d) agissant en qualité d'armateurs communautaires remplissant des obligations de service public conformément à l'article 4 du règlement (CEE) n° 3577/92 du Conseil du 7 décembre 1992 concernant l'application du principe de la libre circulation des services aux transports maritimes à l'intérieur des États membres (cabotage maritime);

3° de données de la recherche, conformément aux conditions définies à l'article 11.

Le présent décret ne s'applique pas :

1° aux documents dont la fourniture est une activité qui ne relève pas de la mission de service public dévolue aux autorités concernées telle qu'elle est définie par la loi ou d'autres règles contraignantes, sous réserve que l'objet des missions de service public soit transparent et soumis à réexamen;

2° aux documents détenus par des entreprises publiques :

a) dont la production ne relève pas de la fourniture de services d'intérêt général au sens de la loi ou d'autres règles contraignantes en vigueur;

b) relatifs aux activités directement exposées à la concurrence et qui, par conséquent, conformément à l'article 116 de la loi du 17 juin 2016 relative aux marchés publics, ne sont pas soumis aux règles de la passation de marchés;

3° aux documents dont des tiers détiennent les droits de propriété intellectuelle;

4° aux documents, tels que les données sensibles, dont l'accès est exclu conformément aux règles d'accès en vigueur, y compris pour des motifs :

a) de protection de la sécurité nationale, de la défense ou de la sécurité publique;

b) de confidentialité des données statistiques;

c) de confidentialité des informations commerciales, notamment secret d'affaires, secret professionnel ou secret d'entreprise;

5° aux documents dont l'accès est exclu ou limité pour des motifs d'informations sensibles relatives à la protection des infrastructures critiques au sens de la loi du 1^{er} juillet 2011 relative à la sécurité et la protection des infrastructures critiques;

6° aux documents dont l'accès est limité conformément aux règles d'accès en vigueur, notamment dans les cas où les citoyens ou les personnes morales doivent justifier d'un intérêt particulier pour obtenir l'accès aux documents;

7° aux logos, aux armoiries ou aux insignes;

8° aux documents dont l'accès est exclu ou limité en application de règles d'accès en vigueur pour des motifs de protection des données à caractère personnel, et aux parties de documents accessibles en vertu desdites règles qui contiennent des données à caractère personnel dont la réutilisation a été définie par la loi comme étant incompatible avec la législation concernant la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel ou comme portant atteinte à la protection de la vie privée et de l'intégrité de la personne concernée, en particulier au regard du droit de l'Union européenne ou du droit belge sur la protection des données à caractère personnel;

9° aux documents détenus par des radiodiffuseurs de service public et leurs filiales et par d'autres organismes ou leurs filiales pour l'accomplissement d'une mission de radiodiffusion de service public;

10° aux documents détenus par des établissements culturels autres que des bibliothèques, y compris des bibliothèques universitaires, des musées et des archives;

11° aux documents détenus par des établissements d'enseignement de niveau secondaire et au-dessous et, dans le cas de tous les autres établissements d'enseignement, aux documents autres que ceux visés à l'alinéa 1^{er}, 3°;

12° aux documents autres que ceux visés à l'alinéa 1^{er}, 3°, détenus par des organismes exerçant une activité de recherche et des organisations finançant une activité de recherche, y compris des organisations créées pour le transfert des résultats de la recherche.

Chapitre II. — Conditions de réutilisation

Section 1^{re}. — Conditions générales

Art. 4 - Données à caractère personnel

La réutilisation de documents auxquels s'applique le présent décret s'opère sans préjudice des dispositions du règlement général sur la protection des données.

Art. 5 - Banques de données

Le droit prévu à l'article XI.307 du Code de droit économique pour le fabricant d'une base de données ne peut être utilisé aux fins d'empêcher la réutilisation de documents ou de limiter celle-ci au-delà des limites fixées par le présent décret.

Art. 6 - Finalité de la réutilisation

Les documents auxquels s'applique le présent décret peuvent être réutilisés à des fins commerciales ou non commerciales.

Cela vaut également pour les documents à l'égard desquels des bibliothèques, y compris des bibliothèques universitaires, des musées et des archives sont titulaires de droits de propriété intellectuelle et pour les documents détenus par des entreprises publiques si leur réutilisation est autorisée.

Art. 7 - Formats disponibles

Sans préjudice de l'article 12, les autorités et les entreprises publiques mettent leurs documents à disposition dans tout format ou toute langue préexistants et, si possible et s'il y a lieu, sous forme électronique, dans des formats qui sont ouverts, lisibles par machine, accessibles, traçables et réutilisables, en les accompagnant de leurs métadonnées. Tant le format que les métadonnées répondent, autant que possible, à des normes formelles ouvertes.

Les autorités et les entreprises publiques produisent et mettent à disposition les documents qui relèvent du champ d'application du présent décret conformément au principe d'ouverture dès la conception et par défaut.

L'alinéa 1^{er} n'emporte pas l'obligation pour les autorités de créer ou d'adapter des documents ni de fournir des extraits pour se conformer audit alinéa, lorsque cela entraîne des efforts disproportionnés dépassant le stade de la simple manipulation.

Les autorités ne sont pas tenues, en vertu de ce décret, de poursuivre la production et la conservation d'un certain type de documents en vue de leur réutilisation par une organisation du secteur privé ou public.

Les autorités mettent les données dynamiques à disposition aux fins de réutilisation aussitôt qu'elles ont été recueillies, en recourant à des interfaces d'application de programmes (API) appropriées et, le cas échéant, sous la forme d'un téléchargement de masse.

Lorsque la mise à disposition des données dynamiques aux fins de réutilisation immédiatement après la collecte, comme prévu à l'alinéa 5, excéderait les capacités financières et techniques de l'autorité, en imposant de ce fait un effort disproportionné, ces données dynamiques sont mises à disposition aux fins de réutilisation dans un délai ou avec des restrictions techniques temporaires qui ne portent pas indument atteinte à l'exploitation de leur potentiel économique et social.

Les alinéas 1^{er} à 6 s'appliquent à des documents existants détenus par des entreprises publiques qui sont disponibles aux fins de réutilisation.

Les ensembles de données de forte valeur, dont la liste est établie par la Commission européenne en exécution de la directive 2019/1024, sont mis à disposition à des fins de réutilisation dans des formats lisibles par machine, en recourant à des interfaces d'application de programmes appropriées et, le cas échéant, sous la forme d'un téléchargement de masse.

Art. 8 - Redevances

§ 1^{er} - Le coût de la réutilisation de documents est nul.

Toutefois, le recouvrement des coûts marginaux occasionnés par la reproduction, la mise à disposition et la diffusion de documents, ainsi que par l'anonymisation de données à caractère personnel et les mesures prises pour protéger des informations confidentielles à caractère commercial, peut être autorisé.

§ 2 - Les dispositions du § 1^{er} ne s'appliquent pas :

1^o aux autorités qui sont tenues de générer des recettes destinées à couvrir une part substantielle des coûts liés à l'accomplissement de leurs missions de service public;

2^o aux bibliothèques, y compris les bibliothèques universitaires, aux musées et aux archives;

3^o aux entreprises publiques.

§ 3 - Le Gouvernement publie, sur le site Internet du Ministère de la Communauté germanophone, une liste des autorités mentionnées au § 2, 1^o.

§ 4 - Dans les cas visés au § 2, 1^o et 3^o, les autorités concernées calculent le montant total des redevances conformément à des critères objectifs, transparents et vérifiables, fixés par le Gouvernement.

Le total des recettes provenant de la fourniture et des autorisations de réutilisation des documents pendant la période comptable appropriée ne dépasse pas le coût de leur collecte, de leur production, de leur reproduction, de leur diffusion et du stockage de données, tout en permettant un retour sur investissement raisonnable, ainsi que, le cas échéant, d'anonymisation de données à caractère personnel et de mesures prises pour protéger des informations confidentielles à caractère commercial.

Les redevances sont calculées conformément aux principes comptables applicables aux autorités concernées.

§ 5 - Lorsque des redevances sont appliquées par les autorités visées au § 2, 2^o, le total des recettes provenant de la fourniture et des autorisations de réutilisation des documents pendant la période comptable appropriée ne dépasse pas le coût de collecte, de production, de reproduction, de diffusion, de stockage de données, de conservation et d'acquisition des droits, ainsi que, le cas échéant, d'anonymisation de données à caractère personnel et de mesures prises pour protéger des informations confidentielles à caractère commercial, tout en permettant un retour sur investissement raisonnable.

Les redevances sont calculées conformément aux principes comptables applicables aux autorités concernées.

§ 6 - La réutilisation des éléments suivants est gratuite pour l'utilisateur :

1^o les ensembles de données de forte valeur, dont la liste est établie par la Commission européenne en exécution de la directive 2019/1024, sous réserve d'autres dispositions fixées par la Commission européenne en exécution de la même directive;

2^o les données de la recherche visées à l'article 3, alinéa 1^{er}, 3^o.

Art. 9 - Transparence

Dans le cas de redevances types applicables en matière de réutilisation des documents, les conditions applicables et le montant effectif desdites redevances, y compris la base de calcul utilisée pour lesdites redevances, sont fixés à l'avance et publiés, dans la mesure du possible et s'il y a lieu, sous forme électronique.

Dans le cas de redevances applicables en matière de réutilisation autres que celles visées à l'alinéa 1^{er}, les autorités et les entreprises publiques indiquent d'emblée les facteurs qui sont pris en compte dans le calcul desdites redevances. Sur demande, le détenteur des documents concernés indique également la manière dont lesdites redevances ont été calculées dans le cadre d'une demande particulière de réutilisation.

Art. 10 - Autres conditions

§ 1^{er} - Sans préjudice du § 2, la réutilisation de documents n'est pas soumise à conditions, à moins que celles-ci ne soient objectives, proportionnées, non discriminatoires et justifiées sur la base d'un objectif d'intérêt général.

Lorsque la réutilisation est soumise à conditions, celles-ci ne limitent pas indument les possibilités de réutilisation et ne restreignent pas la concurrence.

§ 2 - Les documents résultant de la réutilisation indiquent la source et la date de la dernière actualisation. Ils respectent l'intégrité et la nature des documents mis à disposition.

Section 2. — Conditions particulières

Art. 11 - Données de la recherche

Les données résultant de la recherche financée au moyen de fonds publics respectent le principe d'ouverture par défaut et sont compatibles avec les principes FAIR (acronyme anglais pour *Findable, Accessible, Interoperable, Reusable*). Pour ce faire, il est tenu compte des préoccupations liées aux droits de propriété intellectuelle, à la protection des données à caractère personnel et à la confidentialité, à la sécurité et aux intérêts commerciaux légitimes dans le respect du principe « aussi ouvert que possible, mais aussi fermé que nécessaire ».

Sans préjudice de l'article 3, alinéa 2, 3^o, les données de la recherche sont réutilisables à des fins commerciales ou non commerciales, conformément au présent chapitre, dans la mesure où elles sont financées au moyen de fonds publics et où des chercheurs, des organismes exerçant une activité de recherche ou des organisations finançant une

activité de recherche les ont déjà rendues publiques par l'intermédiaire d'une archive ouverte institutionnelle ou thématique. À cette fin, il est tenu compte des intérêts commerciaux légitimes, des activités de transmission des connaissances et des droits de propriété intellectuelle préexistants.

Art. 12 - Ensembles de données de forte valeur

Les ensembles de données de forte valeur, dont la liste est établie par la Commission européenne en exécution de la directive 2019/1024, doivent :

- 1° être mis à disposition gratuitement, sous réserve des alinéas 2, 3 et 4;
- 2° être lisibles par machine;
- 3° être disponibles par le biais d'interfaces d'application de programmes appropriées;
- 4° être fournis sous la forme d'un téléchargement de masse, le cas échéant.

Conformément aux dispositions fixées par la Commission européenne en exécution de la directive 2019/1024 et par dérogation à l'alinéa 1^{er}, la mise à disposition d'ensembles de données de forte valeur à titre gratuit ne s'applique pas aux ensembles de données de forte valeur particuliers détenus par des entreprises publiques dans le cas où cela entraînerait une distorsion de concurrence sur les marchés pertinents.

L'exigence de mise à disposition d'ensembles de données de forte valeur à titre gratuit conformément à l'alinéa 1^{er}, 1°, ne s'applique pas aux bibliothèques, y compris les bibliothèques universitaires, les musées et les archives.

Si la mise à disposition d'ensembles de données de forte valeur à titre gratuit par des autorités qui sont tenues de générer des recettes destinées à couvrir une partie substantielle de leurs coûts liés à l'exécution de leurs missions de service public a une incidence importante sur le budget des autorités concernées, lesdites autorités sont exemptées de l'obligation de mettre à disposition ces ensembles de données de forte valeur à titre gratuit pour une durée n'excédant pas deux ans à compter de l'entrée en vigueur des dispositions correspondantes, fixées par la Commission européenne en exécution de la directive 2019/1024.

Chapitre 3. — Demandes de réutilisation

Section 1^{re}. — Prescrit général

Art. 13 - Non-discrimination

Toute condition applicable en matière de réutilisation des documents est non discriminatoire pour des catégories comparables de réutilisation, y compris la réutilisation transfrontalière.

Lorsque des autorités réutilisent des documents dans le cadre de leurs activités commerciales étrangères à leur mission de service public, les conditions tarifaires et autres applicables à la fourniture des documents destinés à ces activités sont les mêmes que pour les autres utilisateurs.

Art. 14 - Interdiction d'accords d'exclusivité

§ 1^{er} - La réutilisation des documents est ouverte à tous les acteurs potentiels du marché, même si un ou plusieurs d'entre eux exploitent déjà des produits à valeur ajoutée basés sur ces documents. Les contrats ou autres accords conclus entre les autorités ou entreprises publiques détenteurs des documents et les tiers n'accordent pas de droits d'exclusivité.

§ 2 - Cependant, lorsqu'un droit d'exclusivité est nécessaire pour la prestation d'un service d'intérêt général, le bien-fondé de l'octroi de ce droit d'exclusivité fait l'objet régulièrement et, en toute hypothèse, tous les trois ans, d'un réexamen. Les accords d'exclusivité conclus le 17 juillet 2021 ou après cette date sont rendus publics en ligne au moins deux mois avant leur prise d'effet.

Le présent paragraphe ne s'applique pas à la numérisation des ressources culturelles.

§ 3 - Nonobstant le § 1^{er}, lorsqu'un droit d'exclusivité concerne la numérisation de ressources culturelles, la période d'exclusivité ne dépasse pas, en général, dix ans. Lorsque ladite durée est supérieure à dix ans, elle fait l'objet d'un réexamen au cours de la onzième année et ensuite, le cas échéant, tous les sept ans.

Les accords d'exclusivité visés à l'alinéa 1^{er} sont transparents et sont rendus publics.

Dans le cas d'un droit d'exclusivité visé à l'alinéa 1^{er}, une copie des ressources culturelles numérisées est adressée gratuitement à l'autorité concernée dans le cadre des accords conclus. À l'expiration de la période d'exclusivité, ladite copie est mise à disposition à des fins de réutilisation.

§ 4 - Les dispositifs juridiques ou pratiques qui, sans accorder expressément de droit d'exclusivité, visent à restreindre la disponibilité de documents à des fins de réutilisation par des entités autres que le tiers partie au dispositif, ou qui peuvent raisonnablement être considérés comme susceptibles de la restreindre, sont rendus publics en ligne au moins deux mois avant leur entrée en vigueur. L'effet de tels dispositifs juridiques ou pratiques sur la disponibilité des données à des fins de réutilisation fait l'objet régulièrement et, en toute hypothèse, tous les trois ans, d'un réexamen. Les termes définitifs de ces accords sont transparents et sont rendus publics en ligne.

§ 5 - Les accords d'exclusivité en place le 17 juillet 2013, qui ne relèvent pas des exceptions énoncées aux §§ 2 et 3, et qui ont été passés par des autorités prennent fin à la date d'échéance du contrat et en tout état de cause au plus tard le 18 juillet 2043.

Les accords d'exclusivité en place le 16 juillet 2019, qui ne relèvent pas des exceptions énoncées aux §§ 2 et 3, et qui ont été passés par des autorités prennent fin à la date d'échéance du contrat et en tout état de cause au plus tard le 17 juillet 2049.

Section 2. — Procédure

Art. 15 - Demande de réutilisation

§ 1^{er} - La demande de réutilisation est introduite par écrit et comporte au moins l'identification précise du document demandé, une description de la réutilisation envisagée, la forme sous laquelle les documents doivent être mis à disposition de préférence ainsi que le but poursuivi par la réutilisation.

L'autorité qui ne peut pas réserver de suite immédiate à une demande de réutilisation ou qui la rejette communique au demandeur, dans les trente jours calendriers de la réception de la demande, les motifs de l'ajournement ou du rejet. En cas d'ajournement, le délai peut être prolongé de quinze jours calendriers.

En cas d'absence de communication dans le délai prescrit, la demande est réputée avoir été rejetée.

En cas de décision négative fondée sur l'article 3, alinéa 2, 3°, l'autorité fait mention de la personne physique ou morale titulaire des droits, si elle est connue, ou, à défaut, du donneur de licence auprès duquel elle a obtenu le document en question. Les bibliothèques, y compris les bibliothèques universitaires, les musées et les archives, ne sont pas tenus d'indiquer cette mention.

L'autorité peut mettre fin unilatéralement et en tout temps à la mise à disposition de documents, sans que naisse un droit à une indemnité, lorsque le demandeur ne respecte pas une ou plusieurs des conditions figurant au chapitre 2.

§ 2 - Toute décision relative à la réutilisation fait mention des voies de recours dont dispose le demandeur s'il souhaite contester cette décision.

§ 3 - Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux :

1° entreprises publiques;

2° établissements d'enseignement, organismes exerçant une activité de recherche et organisations finançant une activité de recherche.

Art. 16 - Licences types

Lorsque la demande d'un document requiert l'utilisation d'une licence, l'autorité auprès de laquelle la demande a été introduite transmet au demandeur, dans le délai prévu à l'article 15, § 1^{er}, alinéa 2, une licence type qui peut être adaptée à des demandes de licence particulières.

L'autorité peut mettre fin unilatéralement et en tout temps à une licence, sans que naisse un droit à une indemnité, lorsque le demandeur ne respecte pas une ou plusieurs des conditions mises à l'octroi de la licence.

Chapitre 4. — Dispositions diverses

Art. 17 - Publications

§ 1^{er} - Les documents disponibles à des fins de réutilisation, les éventuelles conditions et redevances sont inventoriés et publiés notamment sur le site Internet du Ministère de la Communauté germanophone.

§ 2 - Les autorités établissent des listes de ressources reprenant les documents principaux accompagnés des métadonnées pertinentes, accessibles, dans la mesure du possible et s'il y a lieu, en ligne et sous un format lisible par machine, et des portails liés aux listes de ressources. Dans la mesure du possible, les autorités facilitent la recherche interlinguistique des documents.

Les autorités simplifient l'accès aux ensembles de données grâce à des formats accessibles, traçables et réutilisables sous forme électronique.

Chapitre 5. — Dispositions finales

Art. 18 - Disposition abrogatoire

Le décret du 18 décembre 2006 concernant la réutilisation de documents du secteur public, modifié par les décrets des 29 juin 2015 et 23 avril 2018, est abrogé.

Art. 19 - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 17 juillet 2021.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 28 juin 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

O. PAASCH

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG

La Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

—————
Note

Session 2020-2021

Documents parlementaires : 150 (2020-2021) n° 1 Projet de décret

150 (2020-2021) n° 2 Rapport

150 (2020-2021) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 28 juin 2021 - n° 26 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2021/203255]

28 JUNI 2021. — Decreet inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK I — ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 - Europese clausele

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn (EU) 2019/1024 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie.

Art. 2 - Definities

In de zin van dit decreet wordt verstaan onder:

1° overheid:

- a) de Duitstalige Gemeenschap;
- b) de publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;
- c) de gemeenten, openbare centra voor maatschappelijk welzijn en overige territoriale entiteiten van het Duitse taalgebied;
- d) iedere instelling, van welke aard en juridische vorm ook, die
 - opgericht is met het specifieke doel te voorzien in behoeften van algemeen belang die niet van industriële of commerciële aard zijn, en
 - rechtspersoonlijkheid heeft, en
 - waarvan hetzij de activiteiten in hoofdzaak door de overheden of instellingen vermeld onder a) en b) worden gefinancierd, hetzij het beheer is onderworpen aan het toezicht door deze laatste, hetzij de meerderheid van de leden van het bestuursorgaan, het leidinggevend orgaan of het toezichthoudend orgaan door deze overheden of instellingen zijn aangewezen;

e) de verenigingen gevormd door één of meer onder a), b), c) of d) vermelde overheden;

2° overheidsbedrijf: een onderneming die actief is op de gebieden vermeld in artikel 3, eerste lid, 2°, waarop de overheden rechtstreeks of onrechtstreeks een overheersende invloed kunnen uitoefenen uit hoofde van eigendom, financiële deelneming of de op de onderneming van toepassing zijnde voorschriften. De overheersende invloed wordt in elk van de volgende gevallen vermoed wanneer deze overheden, rechtstreeks of onrechtstreeks:

- a) de meerderheid van het maatschappelijk kapitaal van de onderneming bezitten;
- b) over de meerderheid van de stemmen beschikken die verbonden zijn aan de door de onderneming uitgegeven aandelen;
- c) meer dan de helft van de leden van het bestuursorgaan, leidinggevend orgaan of toezichthoudend orgaan van de onderneming kunnen aanwijzen;

3° Richtlijn 2019/1024: de Richtlijn (EU) 2019/1024 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie;

4° universiteit: een overheid die postsecundair hoger onderwijs verstrekt dat tot een academische graad leidt;

5° standaardlicentie: een reeks vooraf bepaalde voorwaarden voor hergebruik, in een digitaal formaat, bij voorkeur verenigbaar met gestandaardiseerde openbare licenties die online beschikbaar zijn;

6° document: eender welke informatie, ongeacht het medium, waarover een overheid beschikt of eender welk deel van een dergelijke informatie;

7° anonimisering: het proces waarbij documenten worden omgezet in anonieme documenten die geen betrekking hebben op een geïdentificeerde of identificeerbare natuurlijke persoon, of het proces waarbij persoonsgegevens zodanig anoniem worden gemaakt dat de betrokkene niet of niet meer identificeerbaar is;

8° dynamische gegevens: documenten in digitale vorm die frequent of in real time worden geactualiseerd, met name wegens hun volatiliteit of omdat ze snel verouderd zijn; gegevens die door sensoren zijn gegenereerd, worden doorgaans als dynamische gegevens beschouwd;

9° onderzoeksgegevens: andere documenten in digitale vorm dan wetenschappelijke publicaties, die worden verzameld of geproduceerd tijdens wetenschappelijke onderzoeksactiviteiten en die als bewijs in het onderzoeksproces worden gebruikt, of waarvan binnen de onderzoeksgemeenschap algemeen wordt erkend dat ze noodzakelijk zijn om onderzoeksresultaten te valideren;

10° hoogwaardige datasets: documenten waarvan het hergebruik belangrijke voordelen biedt voor de samenleving, het milieu en de economie, met name vanwege hun geschiktheid voor het ontwikkelen van diensten met toegevoegde waarde en van toepassingen, en voor het scheppen van nieuwe, hoogwaardige en fatsoenlijke banen, en vanwege het aantal potentiële begunstigers van op basis van die datasets ontwikkelde diensten of toepassingen met toegevoegde waarde;

11° hergebruik: het gebruik door natuurlijke personen of rechtspersonen van documenten die in het bezit zijn van:

- a) overheden voor andere commerciële of niet-commerciële doeleinden dan het oorspronkelijk doel binnen de publieke taak waarvoor de documenten zijn geproduceerd, met uitzondering van de uitwisseling van documenten tussen overheden uitsluitend met het oog op de vervulling van hun openbare taken, of
- b) overheidsbedrijven voor andere commerciële of niet-commerciële doeleinden dan het oorspronkelijk doel van dienstverlening in het algemeen belang waarvoor de documenten zijn geproduceerd, met uitzondering van de uitwisseling van documenten tussen overheidsbedrijven en overheden uitsluitend met het oog op de vervulling van de openbare taken van overheden;

12° persoonsgegevens: persoonsgegevens als gedefinieerd in artikel 4, punt 1, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming;

13° machinaal leesbaar formaat: een bestandsformaat dat zodanig is gestructureerd dat softwaretoepassingen specifieke gegevens, met inbegrip van individuele feitenbeschrijvingen, en hun interne structuur gemakkelijk kunnen identificeren, herkennen en extraheren;

14° open formaat: een bestandsformaat dat platformafhankelijk is en voor het publiek beschikbaar is zonder enige beperking die het hergebruik van documenten belemmert;

15° formele open standaard: een standaard die schriftelijk is vastgesteld, met vermelding van specificaties voor de vereisten betreffende de wijze waarop de interoperabiliteit van de software moet worden gegarandeerd;

16° redelijk rendement op investeringen: een percentage van het totale tarief, bovenop de kosten die mogen worden doorberekend, dat maximaal vijf procentpunten hoger ligt dan de vaste rente van de Europese Centrale Bank;

17° derde partij: een natuurlijke persoon of rechtspersoon die geen overheid of overheidsbedrijf is en die de gegevens in zijn bezit heeft;

18° Algemene Verordening Gegevensbescherming: de Verordening (EU) 2016/679 van 27 april 2016 van het Europees Parlement en de Raad betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

Art. 3 - Doel en toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op:

1° bestaande documenten die in het bezit zijn van een overheid;

2° bestaande documenten die in het bezit zijn van overheidsbedrijven die:

a) werkzaam zijn op de gebieden bepaald in titel 3, hoofdstuk I, afdeling 2, van de wet van 17 juni 2016 inzake overheidsopdrachten;

b) werkzaam zijn als exploitant van openbare diensten op grond van artikel 2 van Verordening (EG) nr. 1370/2007 van het Europees Parlement en de Raad van 23 oktober 2007 betreffende het openbaar personenvervoer per spoor en over de weg en tot intrekking van Verordening (EEG) nr. 1191/69 van de Raad en Verordening (EEG) nr. 1107/70 van de Raad;

c) werkzaam zijn als luchtvaartmaatschappij openbaredienstverplichtingen vervullen op grond van artikel 16 van Verordening (EG) nr. 1008/2008 van het Europees Parlement en de Raad van 24 september 2008 inzake gemeenschappelijke regels voor de exploitatie van luchtdiensten in de Gemeenschap (herschikking);

d) als reder openbare diensten verrichten op grond van artikel 4 van Verordening (EEG) nr. 3577/92 van de Raad van 7 december 1992 houdende toepassing van het beginsel van het vrij verrichten van diensten op het zeevervoer binnen de lidstaten (cabotage in het zeevervoer);

3° onderzoeksgegevens op grond van de voorwaarden van artikel 11.

Dit decreet is niet van toepassing op:

1° documenten waarvan de verstrekking een activiteit is die niet valt onder de openbare taak van de betrokken overheden, als bepaald bij wet of ander bindend voorschrift, mits de afbakening van de overheidstaken transparant is en aan toetsing is onderworpen;

2° documenten die in het bezit zijn van overheidsbedrijven:

a) die zijn geproduceerd buiten de context van de levering van diensten van algemeen belang als gedefinieerd in de wetgeving of andere bindende regels;

b) die verband houden met activiteiten die rechtstreeks blootstaan aan concurrentie en bijgevolg op grond van artikel 116 van de wet van 17 juni 2016 inzake overheidsopdrachten niet onder aanbestedingsregels vallen;

3° documenten waarvan de intellectuele-eigendomsrechten bij derden berusten;

4° documenten, zoals bijvoorbeeld gevoelige gegevens, waartoe de toegang is uitgesloten op basis van de geldende toegangsregelingen, onder meer wegens:

a) de bescherming van de nationale veiligheid (namelijk staatsveiligheid), defensie of openbare veiligheid;

b) het statistisch geheim;

c) het handelsgeheim, met inbegrip van bedrijfs- of beroepsgeheim;

5° documenten waartoe de toegang uitgesloten of beperkt is op grond van de bescherming van gevoelige informatie in verband met de bescherming van kritieke infrastructuur in de zin van de wet van 1 juli 2011 betreffende de beveiliging en de bescherming van de kritieke infrastructuur;

6° documenten waartoe de toegang beperkt is uit hoofde van de toegangsregelingen, onder meer in gevallen waarin burgers of rechtspersonen moeten aantonen dat zij er een bijzonder belang bij hebben toegang tot de documenten te krijgen;

7° logo's, wapens en insignes;

8° documenten waartoe de toegang uit hoofde van de toegangsregelingen uitgesloten of beperkt is op grond van de bescherming van persoonsgegevens, en gedeelten van documenten die uit hoofde van die regelingen toegankelijk zijn, maar persoonsgegevens bevatten waarvan het hergebruik wettelijk onverenigbaar is verklaard met het recht betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens of waarvan het hergebruik wettelijk is aangemerkt als een ondermijning van de bescherming van de persoonlijke levenssfeer en de integriteit van het individu, met name in overeenstemming met het Unierecht of het Belgische recht betreffende de bescherming van persoonsgegevens;

9° documenten in het bezit van openbare omroepen of hun dochterondernemingen en van andere lichamen of hun dochterondernemingen ten behoeve van de vervulling van een publieke omroepaak;

10° documenten in het bezit van andere culturele instellingen dan bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven;

11° documenten in het bezit van onderwijsinstellingen van het secundair of lager niveau, en, in het geval van alle andere onderwijsinstellingen, andere dan de documenten bedoeld in het eerste lid, 3°;

12° andere dan de in het eerste lid, 3°, bedoelde documenten van onderzoeksinstellingen en organisaties die onderzoek financieren, met inbegrip van organisaties die zijn opgericht voor de overdracht van onderzoeksresultaten.

HOOFDSTUK 2 — VOORWAARDEN VOOR HERGEBRUIK*Afdeling 1 — Algemene voorwaarden***Art. 4 - Persoonsgegevens**

Het hergebruik van documenten waarop dit decreet van toepassing is, geschiedt met behoud van de toepassing van de bepalingen van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Art. 5 - Databanken

Het recht dat bij artikel XI.307 van het Wetboek van Economisch Recht aan de fabrikant van databanken wordt verleend, mag niet gebruikt worden om het hergebruik van documenten tegen te gaan of om het hergebruik buiten de bij dit decreet bepaalde grenzen te beperken.

Art. 6 - Doel van het hergebruik

De documenten waarop dit decreet van toepassing is, kunnen worden hergebruikt voor commerciële of niet-commerciële doeleinden.

Dit geldt ook voor documenten waarvoor intellectuele-eigendomsrechten berusten bij bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven en voor documenten van overheidsbedrijven, indien toestemming is verleend voor het hergebruik ervan.

Art. 7 - Beschikbare formaten

Onverminderd artikel 12 stellen overheden en overheidsbedrijven hun documenten beschikbaar in de reeds bestaande formaten of talen en, indien mogelijk en passend, elektronisch, in formaten die open, machinaal leesbaar, toegankelijk, vindbaar en herbruikbaar zijn, samen met hun metadata. Zowel het formaat als de metadata dienen zo veel mogelijk aan formele open standaarden te voldoen.

Documenten die binnen het toepassingsgebied van dit decreet vallen, worden door de overheden en overheidsbedrijven geproduceerd en ter beschikking gesteld overeenkomstig het beginsel "open door ontwerp en door standaardinstellingen" ("open by design and by default").

Het eerste lid behelst geen verplichting voor overheden om documenten te produceren of aan te passen of om uittreksels te verstrekken indien dit een onevenredig grote inspanning vereist die verder gaat dan een eenvoudige handeling.

Overheden kunnen op basis van dit decreet niet worden verplicht een bepaalde soort documenten te blijven produceren en op te slaan met het oog op het hergebruik van die documenten door een particuliere of publieke organisatie.

Overheden stellen dynamische gegevens onmiddellijk nadat ze zijn verzameld via passende API's en, in voorkomend geval, in de vorm van een bulksgewijze download, beschikbaar voor hergebruik.

Wanneer het beschikbaar stellen van dynamische gegevens onmiddellijk na het verzamelen ervan, zoals bedoeld in het vijfde lid, de financiële en technische mogelijkheden van de overheid zou overstijgen omdat dit een onevenredige inspanning zou vergen, worden die dynamische gegevens voor hergebruik beschikbaar gesteld binnen een termijn of met tijdelijke technische beperkingen die de exploitatie van hun economisch en sociaal potentieel niet onnodig in het gedrang brengen.

Het eerste tot het zesde lid is van toepassing op bestaande documenten die in het bezit zijn van overheidsbedrijven en die voor hergebruik beschikbaar zijn.

De hoogwaardige datasets, waarvan de lijst wordt vastgesteld door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024, worden in een machinaal leesbaar formaat voor hergebruik beschikbaar gesteld via API's en, in voorkomend geval, in de vorm van een bulksgewijze download.

Art. 8 - Tarifiering

§ 1 - Voor het hergebruik van documenten wordt geen vergoeding aangerekend.

De terugvordering van de marginale kosten voor de vermenigvuldiging, verstrekking en verspreiding van documenten, evenals voor de anonimisering van persoonsgegevens en voor maatregelen ter bescherming van commercieel vertrouwelijke informatie kan evenwel worden toegestaan.

§ 2 - De bepalingen van paragraaf 1 zijn niet van toepassing op:

1° overheden die verplicht zijn inkomsten te genereren om een aanzienlijk deel van de kosten van de uitoefening van hun openbare taken te dekken;

2° bibliotheken, met inbegrip van universiteitsbibliotheken, musea en archieven;

3° overheidsbedrijven.

§ 3 - De Regering publiceert een lijst van de overheden bedoeld in § 2, 1°, op de website van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 4 - In de in § 2, 1° en 3°, bedoelde gevallen wordt de totale vergoeding berekend aan de hand van objectieve, transparante en controleerbare criteria die door de Regering worden vastgesteld.

De totale inkomsten uit het verstrekken van documenten en het verlenen van toestemming voor het hergebruik van documenten mogen over de desbetreffende berekeningsperiode genomen niet hoger zijn dan de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging, verspreiding en opslag ervan, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen, en ù indien van toepassing ù de anonimisering van persoonsgegevens en maatregelen ter bescherming van commercieel vertrouwelijke informatie.

De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen die op de betrokken overheid van toepassing zijn.

§ 5 - Indien er door de in § 2, 2°, bedoelde overheden een vergoeding wordt verlangd, mogen de totale inkomsten uit het verstrekken en het verlenen van toestemming voor hergebruik van documenten over de desbetreffende berekeningsperiode genomen niet hoger zijn dan de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging, verspreiding, opslag, conservering en vereffening van rechten en, indien van toepassing, de anonimisering van persoonsgegevens en maatregelen ter bescherming van commercieel vertrouwelijke informatie, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen.

De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen die op de betrokken overheid van toepassing zijn.

§ 6 - Hergebruik van volgende gegevens is kosteloos voor de gebruiker:

1° hoogwaardige datasets die door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 worden opgelijst, onder voorbehoud van andere, door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 vastgelegde bepalingen;

2° onderzoeksgegevens als bedoeld in artikel 3, eerste lid, 3°.

Art. 9 - Transparantie

In het geval van standaardvergoedingen voor het hergebruik van documenten worden de eventuele voorwaarden en het eigenlijke bedrag van die vergoedingen, met inbegrip van de berekeningsgrondslag ervoor, vooraf vastgesteld en bekendgemaakt, indien mogelijk en passend langs elektronische weg.

In het geval van andere dan de in het eerste lid genoemde vergoedingen voor hergebruik geven de overheden en de overheidsbedrijven vooraf aan met welke factoren rekening wordt gehouden bij de berekening van die vergoedingen. Op verzoek geeft de houder van de documenten in kwestie ook aan hoe die vergoedingen zijn berekend met betrekking tot een specifiek verzoek om hergebruik.

Art. 10 - Nadere voorwaarden

§ 1 - Onverminderd paragraaf 2 mag het hergebruik van documenten niet worden onderworpen aan voorwaarden, tenzij die voorwaarden objectief, evenredig en niet-discriminerend zijn en gerechtvaardigd worden door een doel van algemeen belang.

Wanneer hergebruik aan voorwaarden wordt onderworpen, mogen die voorwaarden de mogelijkheden tot hergebruik niet nodeloos beperken, noch gebruikt worden om de mededinging te beperken.

§ 2 - De documenten die uit het hergebruik resulteren, vermelden de bron en de datum van de laatste actualisering. Ze respecteren de integriteit en de aard van de ter beschikking gestelde documenten.

Afdeling 2 - Bijzondere voorwaarden

Art. 11 - Onderzoeksgegevens

Met overheidsmiddelen gefinancierde onderzoeksgegevens worden in een openaccessbeleid beschikbaar gesteld volgens het beginsel "open door standaardinstellingen" ("open by default") en verenigbaar met het beginsel dat onderzoeksgegevens vindbaar, toegankelijk, interoperabel en herbruikbaar moeten zijn. Hierbij worden problemen met betrekking tot intellectuele-eigendomsrechten, bescherming en vertrouwelijkheid van persoonsgegevens, beveiliging en rechtmatige handelsbelangen in aanmerking genomen in overeenstemming met het beginsel "zo open als mogelijk, zo gesloten als nodig" ("as open as possible, as closed as necessary").

Onverminderd artikel 3, tweede lid, 3°, zijn onderzoeksgegevens herbruikbaar voor commerciële of niet-commerciële doeleinden overeenkomstig dit hoofdstuk, voor zover die gegevens met overheidsmiddelen zijn gefinancierd en onderzoekers, onderzoeksinstellingen of organisaties die onderzoek financieren ze al openbaar hebben gemaakt via een institutionele of thematische databank. In dat verband moet rekening worden gehouden met rechtmatige handelsbelangen, activiteiten inzake kennisoverdracht en reeds bestaande intellectuele-eigendomsrechten.

Art. 12 - Hoogwaardige datasets

Hoogwaardige datasets die door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 in een lijst zijn vastgesteld, moeten:

1° met inachtneming van het tweede, het derde en het vierde lid kosteloos beschikbaar zijn;

2° machinaal leesbaar zijn;

3° via API's beschikbaar worden gesteld;

4° in voorkomend geval, in de vorm van bulksgewijze downloads worden verstrekt.

Overeenkomstig de bepalingen die door de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 werden vastgesteld, geldt de kosteloze beschikbaarstelling van hoogwaardige datasets in afwijking van het eerste lid, 1°, niet voor specifieke hoogwaardige datasets die in het bezit zijn van overheidsbedrijven indien dat tot concurrentievervalsing in de relevante markten zou leiden.

De vereiste om hoogwaardige datasets kosteloos beschikbaar te stellen op grond van het eerste lid, 1°, geldt niet voor bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven.

Indien de kosteloze beschikbaarstelling van hoogwaardige datasets door overheden die verplicht zijn inkomsten te genereren om een aanzienlijk deel van de kosten voor de uitoefening van hun openbare taken te dekken, een belangrijk effect zou hebben op de begroting van de overheden, zijn die overheden vrijgesteld van de vereiste om die hoogwaardige datasets kosteloos beschikbaar te stellen voor een maximale duur van twee jaar na de inwerkingtreding van de relevante bepalingen die de Europese Commissie ter uitvoering van Richtlijn 2019/1024 heeft vastgesteld.

HOOFDSTUK 3 - VERZOEKEN OM HERGEBRUIK

Afdeling 1 — Algemene vereisten

Art. 13 - Discriminatieverbod

De voorwaarden voor het hergebruik van documenten mogen niet discriminerend zijn voor vergelijkbare categorieën van hergebruik, met inbegrip van hergebruik over de landsgrenzen heen.

Indien documenten door een overheid worden hergebruikt als basismateriaal voor commerciële activiteiten van die overheid die buiten de openbare taak vallen, zijn op de verstrekking van documenten voor deze activiteiten dezelfde vergoedingen en andere voorwaarden van toepassing als die welke gelden voor andere gebruikers.

Art. 14 - Verbod op exclusiviteitsregelingen

§ 1 - Het hergebruik van documenten staat open voor alle potentiële marktdeelnemers, zelfs indien één of meer marktdeelnemers reeds op deze documenten gebaseerde producten met toegevoegde waarde exploiteren. Contracten of andere overeenkomsten tussen overheden of overheidsbedrijven die deze documenten in bezit hebben en derden mogen geen exclusiviteitsrechten verlenen.

§ 2 - Wanneer een exclusief recht echter noodzakelijk is voor het verlenen van een dienst van algemeen belang, dient periodiek, doch in ieder geval om de drie jaar, te worden nagegaan of de redenen daarvoor nog steeds geldig zijn. Exclusiviteitsregelingen die op of na 17 juli 2021 zijn gesloten, worden minstens twee maanden voor hun inwerkingtreding online openbaar gemaakt.

Deze paragraaf is niet van toepassing op de digitalisering van culturele hulpbronnen.

§ 3 - Niettegenstaande paragraaf 1 duurt, wanneer een exclusief recht betrekking heeft op de digitalisering van culturele hulpbronnen, de periode van exclusiviteit in het algemeen niet langer dan tien jaar. Indien die periode meer dan tien jaar bedraagt, wordt de duur ervan tijdens het elfde jaar en, indien van toepassing, daarna om de zeven jaar, getoetst.

De in het eerste lid bedoelde regelingen die exclusieve rechten toekennen zijn transparant en worden openbaar gemaakt.

In geval van een in het eerste lid bedoeld exclusief recht wordt in de desbetreffende overeenkomst vastgesteld dat de desbetreffende overheid gratis een kopie van de gedigitaliseerde culturele hulpbronnen krijgt. Die kopie is na afloop van de exclusiviteitsperiode beschikbaar voor hergebruik.

§ 4 - Juridische of praktische regelingen die, zonder expliciet in de toekenning van exclusiviteitsrechten te voorzien, tot doel hebben of redelijkerwijs kunnen worden geacht de beschikbaarheid van documenten voor hergebruik door andere partijen dan de derde partij bij de regeling te beperken, worden minstens twee maanden voor de inwerkingtreding van die regeling online openbaar gemaakt. De gevolgen van die juridische of praktische regelingen voor de beschikbaarheid van gegevens voor hergebruik worden regelmatig, en in elk geval om de drie jaar, geëvalueerd. De uiteindelijke regelingen zijn transparant en worden online openbaar gemaakt.

§ 5 - Door overheden gesloten exclusiviteitsregelingen die al bestonden op 17 juli 2013 en die niet voor een uitzondering als bedoeld in de § 2 en 3 in aanmerking komen, worden aan het eind van het contract en in elk geval uiterlijk op 18 juli 2043 beëindigd.

Door overheidsbedrijven gesloten exclusiviteitsregelingen die al bestaan op 16 juli 2019 en die niet voor een uitzondering als bedoeld in de § 2 en 3 in aanmerking komen, worden aan het eind van het contract en in elk geval uiterlijk op 17 juli 2049 beëindigd.

Afdeling 2 — Procedure

Art. 15 - Verzoek om hergebruik

§ 1 - Het verzoek om hergebruik wordt schriftelijk ingediend en bevat minstens de precieze identificatie van het aangevraagde document, een beschrijving van het geplande hergebruik, de vorm waarin de documenten bij voorkeur ter beschikking dienen te worden gesteld, alsook het doel van het hergebruik.

De overheid die niet onmiddellijk op een aanvraag op openbaarheid kan ingaan of ze afwijst, geeft binnen een termijn van dertig kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag aan de verzoeker kennis van de redenen van het uitstel of de afwijzing. In geval van uitstel kan de termijn met vijftien kalenderdagen worden verlengd.

Bij ontstentenis van een kennisgeving binnen de voorgeschreven termijn, wordt de aanvraag geacht te zijn geweigerd.

Als een afwijzende beslissing gebaseerd is op artikel 3, tweede lid, 3°, verwijst de overheid in haar beslissing naar de natuurlijke persoon of rechtspersoon bij wie de rechten berusten, indien deze bekend is, of naar de licentiegever van wie de overheid het betrokken materiaal heeft verkregen. Bibliotheken (met inbegrip van universiteitsbibliotheken), musea en archieven zijn niet verplicht deze verwijzing op te nemen.

De overheid kan de terbeschikkingstelling van documenten eenzijdig en te allen tijde beëindigen, zonder dat enig recht op vergoeding ontstaat, wanneer de aanvrager één of meer voorwaarden vermeld in hoofdstuk 2 niet naleeft.

§ 2 - In elke beslissing over hergebruik wordt verwezen naar de rechtsmiddelen die de verzoeker ter beschikking staan indien hij de beslissing wenst aan te vechten.

§ 3 - De bepalingen van dit artikel zijn niet van toepassing op:

1° overheidsbedrijven;

2° onderwijsinstellingen, onderzoeksinstellingen en organisaties die onderzoek financieren.

Art. 16 - Standaardlicenties

Indien de inhoud van een document het gebruik van een licentie vereist, bezorgt de overheid die de aanvraag heeft ontvangen, de aanvrager binnen de termijn gesteld in artikel 15, § 1, tweede lid, een standaardlicentie, die aan bijzondere licentia aanvragen kan worden aangepast.

De overheid kan een licentie eenzijdig en te allen tijde beëindigen, zonder dat een recht op vergoeding ontstaat, wanneer de aanvrager niet voldoet aan één of meer licentievoorwaarden.

HOOFDSTUK 4 — DIVERSE BEPALINGEN

Art. 17 - Bekendmakingen

§ 1 - De voor hergebruik beschikbare documenten, de eventuele voorwaarden en de eventuele vergoedingen worden geïnventariseerd en in het bijzonder bekendgemaakt op de website van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - De overheden stellen overzichtslijsten van de belangrijkste documenten met relevante metagegevens ter beschikking die, indien mogelijk en passend, online en in machinaal leesbare formaten toegankelijk zijn, alsook portaalsites met links naar de overzichtslijsten. Indien mogelijk vergemakkelijken de overheden het taaloverschrijdend zoeken naar documenten.

De overheden vergemakkelijken de toegang tot datasets via elektronische weg, in formaten die toegankelijk, gemakkelijk vindbaar en herbruikbaar zijn.

HOOFDSTUK 5 — SLOTBEPALINGEN

Art. 18 - Opheffingsbepaling

Het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 23 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 19 - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 17 juli 2021.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 28 juni 2021.

O. PAASCH

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs
en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2020-2021

Parlementaire stukken : 150 (2020-2021) Nr. 1 Ontwerp van decreet

150 (2020-2021) Nr. 2 Verslag

150 (2020- 2021) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 28 juni 2021 - Nr. 26 Bespreking en aanneming